

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 11

Artikel: Die Überlebenden werden die Toten beneiden
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339765>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Überlebenden werden die Toten beneiden»

Während die offiziellen Stabsorganisationen der «Götter in Weiss» sich in vornehmer Zurückhaltung üben, wandten sich 1700 meist jüngere Ärzte in der Bundesrepublik nach dem Vorbild von Kollegen in England und in den USA an die Öffentlichkeit. Sie warnen vor den Folgen eines Atomkrieges. Sie haben das Vertrauen in das angebliche Gleichgewicht des Schreckens verloren und erklären unmissverständlich: «Die Überlebenden werden die Toten beneiden.»

Da eine Versorgung der Bevölkerung im Ernstfall völlig unmöglich ist, wenden sie sich gegen alle Verharmlosungsmanöver staatlicher Stellen. Bei der Bonner Sprachregelung von der «Katastrophenmedizin» geht es ausschliesslich um die ärztliche Versorgung im Atomkrieg, die nach Ansicht der 1700 Ärzte «offensiv» vorbereitet wird. Das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz sieht die Dienstpflicht des gesamten ärztlichen Personals im Spannungs- oder Verteidigungsfall vor. Das ist die erste lückenlose Erfassung eines ganzen Berufsstandes.

Mit Kursen der Akademie für ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz wurde ebenso versucht, die Ärzte an einen Atomkrieg zu gewöhnen wie in der Katastrophenschule des Bundes in Ahrweiler. Auf dem Ahrweiler Kurs 996 wurde die Katze aus dem

Sack gelassen. Ein Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz nannte die Katastrophenmedizin Kriegsmedizin und erklärte, im Ernstfall würden alle Kampfmittel eingesetzt: konventionelle, atomare, chemische und bakteriologische, wobei die Bundesrepublik einen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen bildet.

Aufgrund des «Triage» genannten Sichtungsverfahrens soll nur noch jenen Soldaten

geholfen werden, die für einen Fronteinsatz zu verwenden sind. Für die überwältigende Mehrheit der Kranken und Verletzten ist keine Hilfe möglich.

Im Nato-Text heisst es über dieses Sichtungsverfahren, mit dem ärztliche Hilfe verhindert werden soll: «Die Möglichkeit ihres Überlebens... sollte in Erinnerung bleiben.» Die Opfer können bestenfalls mit Beruhigungsmitteln versorgt werden, damit Panik vermieden wird. Im Ernstfall kommen auf 100 verletzte Soldaten 10 000 verletzte oder getötete Zivilisten. Mit ihrem Appell an die Öffentlichkeit wollen die 1700 Ärzte angesichts dieser Situation vermeiden, dass die Öffentlichkeit weiter an Rettungsmassnahmen im Falle eines Atomkrieges glaubt.

Der SALT-Prozess

Der Weltfrieden steht auf dem Spiel

Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen (ICDSI)

Die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen (ICDSI) wurde im April 1980 in Wien konstituiert und hat auch ihren Sitz in Wien. Der Kommission unter dem Vorsitz von Olof Palme gehören 16 Mitglieder an, unter ihnen der ehemalige britische Aussenminister David Owen, die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem-Brundtland, der frühere polnische Premierminister Jozef Cyrankiewicz, Egon Bahr von der SPD, Frau Muthamma, Botschafterin Indiens in den Niederlanden, General Obasanjom, ehemaliger Präsident von Nigeria, Haruki Mori, ehemaliger Vizeausserminister Japans, Joop den Uyl, ehemaliger Premierminister der Niederlande und Cyrus Vance, ehemaliger US-Aussenminister, sowie Giorgi Arbatow, sowjetischer Wissenschaftler und Mitglied des Obersten Sowjets. Hier folgt im Wortlaut der im Februar dieses Jahres ausgearbeitete Bericht dieser Kommission über die Folgen eines Scheiterns des SALT-Prozesses.

Die Zukunft der Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT) ist eine weltweite Angelegenheit und

nicht nur eine solche der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Deshalb ist es Pflicht der Menschen überall,